



Mut machen-Steele bleibt bunt



Runder Tisch Steele



Omas gegen rechts/Essen

## **Antworten der Parteien zu den Wahlprüfsteinen zur Kommunalwahl NRW am 14.9. 2025**

Stand: 21.08.2025

### **Warum Wahlprüfsteine?**

Wahlprüfsteine sollen den Wählern und Wählerinnen zur Orientierung vor – und auch nach der Wahl dienen. Die Deklaration als „Prüfsteine“ - und nicht als Forderungen - soll unsere (partei)politische Unabhängigkeit betonen. Im vorliegenden Fall haben wir uns als Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus hauptsächlich auf die mit unseren Themenschwerpunkten zusammenhängenden Fragen konzentriert.

### **Von wem stammen die Wahlprüfsteine?**

Die Wahlprüfsteine sind erstellt worden von einer Arbeitsgruppe aus VertreterInnen der Bündnisse: Steele bleibt bunt, Runder Tische Steele und Omas gegen Rechts/Essen.

### **Wer wurde angeschrieben?**

Angeschrieben wurden alle bisher im Rat vertretenen Parteien. Eine Ausweitung auf alle die zur Kommunalwahl am 14.9.25 angetretenen anderen Parteien haben wir aus Gründen der Lesbarkeit des ohnehin schon umfangreichen Textmaterials nicht für sinnvoll gehalten.

### **Wer hat geantwortet, wer nicht?**

Geantwortet haben bis einschließlich 20.8.2025 insgesamt fünf Parteien: SPD, CDU, B90/Grüne, Die Linke, FDP. Nicht geantwortet haben - trotz Erinnerung und Fristverlängerung: AFD, EBB, die Partei

Einige Parteien haben einzelne (Unter)Fragen nicht explizit beantwortet, sondern nur in Form einer Textzusammenfassung. Dies findet sich als im Text verlinkter Hinweis zu den Antworten als s.o. (siehe oben)

**Wir wünschen Ihnen und euch erkenntnisreiche Lektüre dieses Textes - und uns ein Kommunalwahlergebnis mit einem möglichst guten Abschneiden der Parteien, in deren Wahlprogrammen sich unsere Anliegen möglichst gut widerspiegeln**

### **Kontakt:**

Mut machen – Steele bleibt bunt  
Johannes Brackmann (Mitglied des Sprecherrates)  
mail: [info@steelebunt.de](mailto:info@steelebunt.de)  
web: [www.steelebunt.de](http://www.steelebunt.de)  
facebook: <https://www.facebook.com/SteeleBleibtBunt>

## I. Klare Abgrenzung zur AfD

1. **Würde Ihre Partei mit der vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsradikal bezeichneten AfD in irgendeiner Form im Stadtrat zusammenarbeiten? Wenn ja, warum und unter welchen Bedingungen?**

### **SPD**

*Die SPD Essen lehnt jegliche Zusammenarbeit mit der AfD entschieden ab. Als vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei steht sie im fundamentalen Widerspruch zu unseren demokratischen, weltoffenen und menschenrechtsbasierten Grundwerten. Menschen, die Politik machen und dabei die Würde des Menschen verletzen sowie Hass und Hetze verbreiten – Mit denen gibt es keine Zusammenarbeit. Weder direkt noch indirekt.*

### **CDU**

*Nein.*

### **Bündnis 90/Grüne**

*Wir GRÜNE Essen stehen für Toleranz, Zusammenhalt und Zivilcourage – deshalb schließen wir jede Form der Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch aus, sei es im Stadtrat, in Bezirksvertretungen oder Gremien. Die AfD möchte die Demokratie von innen heraus zerstören – dies werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern.*

*Der Kampf gegen Ausgrenzung, Rechtsextremismus, Rassismus und antidemokratische Strukturen braucht Menschen vor Ort. Deshalb versuchen wir, eng mit unseren Netzwerkpartner:innen zusammenzuarbeiten, diese gegebenenfalls zu unterstützen und ihre Anliegen in den demokratischen Prozess einfließen zu lassen.*

### **Die Linke**

*Nein. Es wird keine formelle oder informelle Zusammenarbeit mit der AfD geben – in Ausschüssen, im Rat oder auf Bezirksebene. Die AfD steht im Widerspruch zu Demokratie, Menschenrechten und der Gleichwertigkeit aller Menschen. Wir wollen Menschen, die aus Frust oder durch Propaganda AfD wählen, zurückgewinnen – durch spürbare soziale Verbesserungen und klimagerechte Stadtpolitik, nicht durch Anpassung an rechte Narrative.*

### **FDP**

*Für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen ist eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen. Die FDP steht in der politischen Mitte – fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Jede Form der Zusammenarbeit mit extremistischen Kräften wäre ein Verrat an Freiheit, Demokratie und Verantwortung*

2. **Welche konkreten Angebote will Ihre Partei ihren Rats- und BezirksvertreterInnen machen, um sie in ihrer Haltung und Argumentationskraft gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit zu bestärken?**

### **SPD**

*Um unsere Mandatsträger\*innen und auch unsere Parteimitglieder zu stärken, bieten wir parteiinterne Schulungen zur Argumentation gegen rechtsextreme Narrative an und fördern den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit engagieren. Wir wünschen uns, dass der nächste Stadtrat als Vorbild agieren und solche Angebote in Form von Seminaren, Workshops oder Schulungen auch seinen Mitgliedern anbietet.*

### **CDU**

*Die Grundwerte der CDU und ihrer Mandatsträger sind klar - eine uneingeschränkte ablehnende Position gegenüber allen extremistischen Gruppierungen. In diesem Sinne denken und arbeiten wir. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der CDU haben unsere demokratischen Grundwerte verinnerlicht und Arbeiten für das Wohl unseres Landes und der Menschen hier. Wir stehen zu unserer demokratischen Haltung und „ducken uns nicht weg“ - wir sind und bleiben vor Ort präsent, hören den Menschen zu, argumentieren und arbeiten – gemeinsam mit demokratischen Partnern – an Lösungen.*

### **Bündnis 90/Grüne**

*Unsere Rats- und Bezirksvertreter:innen erhalten regelmäßig Handlungsanweisungen und Unterstützung, z. B. durch Argumentationstrainings im Umgang mit rechtsextremen Positionen. Sie werden angehalten, sich mit lokalen Bündnissen, Vereinen und Initiativen aktiv auszutauschen.*

### **Die Linke**

- Fortbildungen (z. B. über die Rosa-Luxemburg-Stiftung) zu Gesprächsstrategien, Deeskalation, Gegenrede und rechtlichen Grundlagen.
- Interne Argumentationsleitfäden, Monitoring rechter Aktivitäten und schnelle Lage-Briefings.
- Mentoring durch erfahrene Genoss:innen mit jahrzehntelanger antifaschistischer Praxis.
- Verlässliche Rechts- und Sicherheitsunterstützung bei Bedrohungen
- Dokumentation, Anzeige, psychosoziale Hilfe, Kooperation mit Beratungsstellen).
- Enge Vernetzung mit lokalen antifaschistischen Initiativen und demokratischen Bündnissen.

**FDP:** s.o. (Frage 1)

## **II. Schutz von Betroffenen**

- 3. Was plant Ihre Partei, um betroffene Personen und Personengruppen gegen rechte Anfeindungen und rechtsextreme Gewalt zu schützen? Wie will Ihre Partei Kommunalpolitiker\*innen und Akteure der Zivilgesellschaft gegen antidemokratische Anfeindungen schützen?**

### **SPD**

*Wir setzen uns für kommunale Anlaufstellen für Betroffene rechter Gewalt ein, die Beratung und psychologische Unterstützung bieten. Auch fordern wir eine personelle und strukturelle Stärkung der Ordnungskräfte zum Schutz gefährdeter Personen(gruppen), Kommunalpolitiker\*innen sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen. Hass und Hetze gegen Engagierte werden wir nicht dulden – und konsequent anzeigen. Ebenso werden wir uns für eine Sensibilisierung der Verwaltung und Ordnungskräfte einsetzen.*

### **CDU**

*Wir verurteilen jede Form von Hass, Hetze und Gewalt – insbesondere, wenn sie sich gegen Menschen richtet, die sich für unsere Demokratie und ein friedliches Miteinander einsetzen. Wir setzen uns besonders für eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt, Polizei, den Schulen, Eltern und Initiativen ein. Wir müssen präventiv handeln, um mögliche Betroffene besser zu schützen. Antidemokratische Angriffe müssen konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt und geahndet werden – hier ist kein Platz für falsche Toleranz. Auch die CDU Essen ist mehrfach in antidemokratischer Weise – in unserem Fall durch Linksextremisten – angegriffen worden. Jeder Übergriff und jede Sachbeschädigung sollten zur Anzeige gebracht und verfolgt werden. Aber auch Beratungs- und Schutzangebote müssen weiter verbessert und sichtbarer gemacht werden. Extremistische Angriffe, ob von der extremen Linken oder Rechten oder anderen Extremisten, sind Angriffe auf unsere gesamte Stadtgesellschaft. Die CDU Essen steht an der Seite derer, die sich öffentlich engagieren – sei es in der Politik, Bildung oder Zivilgesellschaft – und macht sich stark für ein respektvolles, demokratisches Miteinander; und zwar ohne Angst und Furcht vor Repressalien.*

### **B90/Grüne**

*Wir setzen uns für den Ausbau von Beratungs- und Netzwerkangeboten für Menschen ein, die von rechter Hetze und Gewalt betroffen sind. Besonders in Stadtteilen wie Steele oder Kray müssen bürgerliche Initiativen besser unterstützt werden, da das Fördern einer vielfältigen Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement für uns im Fokus steht. Ebenso müssen Kommunalpolitiker:innen und Ehrenamtliche bei Bedrohungen rechtlich, psychologisch und organisatorisch unterstützt werden. Wir fordern deshalb konsequente Strafverfolgung, mehr Präventionsarbeit und die Verstärkung bestehender Programme, z. B. „Demokratie leben!“. Dazu arbeiten wir auf Ratsebene an Handlungsleitfäden und Konzepten. Neben der Präventionsarbeit ist auch das Sichtbarmachen von Missständen ein wichtiger Punkt unserer Arbeit. Wir stehen jederzeit als Netzwerkpartner zur Verfügung und beteiligen uns aktiv an bürgerlichen Protesten.*

### **Die Linke**

- Ausbau städtischer Anlaufstellen für Anti-Diskriminierung und Opferschutz in den Stadtteilen, mit klaren Meldewegen.

- Dauerhafte Finanzierung von Schutzräumen (queere Einrichtungen, migrantische Organisationen, linke Zentren) und belastbaren Sicherheitskonzepten für Veranstaltungen.
- Unmissverständliche Solidarität der Stadtspitze mit bedrohten Ehrenamtlichen, Initiativen und Mandatsträger:innen – inklusive Öffentlichkeit, Kostenübernahme für Rechtsbeistand und Beratung.
- Verbindliche Koordination mit Polizei/Ordnungsamt ohne Generalverdacht gegen Betroffene.

#### **FDP**

*Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen stellt klar: Menschen, die von rechter und linker Hetze, Anfeindungen oder Gewalt betroffen sind, verdienen den vollen Schutz unseres Rechtsstaates und die solidarische Unterstützung der demokratischen Gesellschaft. Niemand darf in unserer Stadt Angst haben, sich frei zu bewegen, seine Meinung zu äußern oder sich gesellschaftlich zu engagieren.*

### **III. Handlungskonzept: Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Essen, Oktober 2023**

#### **4. Wie bewerten Sie die bisherige Wirksamkeit dieses Handlungskonzeptes?**

##### **SPD**

*Das Handlungskonzept war ein wichtiger Schritt, aber seine Wirkung bleibt begrenzt, so lange Maßnahmen nicht dauerhaft finanziert und regelmäßig evaluiert werden.*

##### **CDU**

*Die CDU bewertet das Handlungskonzept als einen wichtigen Schritt zur weiteren Stärkung der demokratischen Strukturen in Essen. Es zeigt bereits erste, sehr gute, Wirkungen; und zwar über Problembewusstsein schaffen – aufmerksam machen, Projekte in Schulen, Kitas bis hin in die Stadtteile. Der Initiativenfonds wird stark nachgefragt und die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft wurde und wird weiter intensiviert. Für die CDU ist dies kein statisches Konzept – der Grundstein ist gelegt – auf Entwicklungen ist zu reagieren, Erfahrungen sind kritisch zu hinterfragen und zielführende Lösungen zu erarbeiten – zeitnah und fortlaufend. Nicht zum Selbstzweck, sondern für die Menschen.*

##### **B90/Grüne**

*Das Essener Handlungskonzept ist ein wichtiger Schritt, muss jedoch auch konsequent umgesetzt werden. Dazu braucht es feste Strukturen, verstetigte Fördermittel und vor allem die Mitwirkung vor Ort. Nur eine dauerhafte Vernetzung lokaler Initiativen, Vereine, Bildungsprojekte usw. kann tragfähige Strukturen schaffen – zum Beispiel im Rahmen von Stadtteilläden, die die Handlungsfelder des Konzeptes praktisch umsetzbar machen. Wir unterstützen deshalb sowohl die Vernetzung unserer Politiker:innen vor Ort als auch die Vernetzung der Verwaltung in die Stadtteile.*

##### **Die Linke**

*Das Konzept ist eine wichtige Grundlage: Es bündelt Akteur:innen, enthält sinnvolle Maßnahmen und stärkt demokratische Kultur.*

*Zugleich sehen wir Lücken: soziale Ursachen von Ausgrenzung, Armut, Wohnungsnot, Gesundheitsversorgung sind zu schwach verankert; es fehlt an Verstetigung, Wirkungsindikatoren und Bezirksverankerung.*

*Politische Mehrheiten in Essen bremsen teils eine konsequente Umsetzung, hier braucht es klare Kante gegen Rechts statt Relativierung.*

##### **FDP**

*Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Essen, Oktober 2023*

*Das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist ein wichtiger Schritt, um unsere Stadtgesellschaft zu stärken und klare Zeichen gegen Demokratiefeindlichkeit zu setzen.*

#### **5. Wie kann das bestehende Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf kommunaler Ebene noch mehr Wirkung entfalten?**

##### **SPD**

*Wir fordern: eine Verstetigung der Mittel für Demokratieförderung. Als wichtiges Instrument gilt für uns*

*aber: Haltung. Ein Handlungskonzept kann nur funktionieren, wenn die Stadtspitze hier beispielhaft vorangeht. Dazu gehört für uns auch die Teilnahme an Demos gegen Rechtsextremismus und eine Zusammenarbeit mit Essen stellt sich quer.*

#### **CDU**

*Wir stehen dazu, dass das Handlungskonzept noch intensiver in den Alltag zu integrieren ist – es muss auch bei den Menschen vor Ort ankommen; im täglichen Leben. Die Schulen und Vereine sind wichtige Orte, um auch unsere Jüngsten zu sensibilisieren, aufzuklären, zu stärken und zu schützen. Aber das Angebot muss passen, damit es auch von mehr Kindern und Jugendlichen angenommen wird.*

**B90/Grüne:** s.o. (Frage 4)

#### **Die Linke**

- *Mehrjährige Finanzierung von Trägern statt Projektflickwerk; Planungssicherheit und Verstetigung von Stellen*
- *Unabhängige Begleitgremien der Zivilgesellschaft; regelmäßige öffentliche Wirkungsberichte.*
- *Sozialpolitische Flankierung: Armutsbekämpfung, Wohnen, Gesundheit als fester Bestandteil.*
- *Aufsuchende Arbeit (Streetwork, Mobile Beratung) in Hotspots; Bezirksbudgets.*
- *Klare Abgrenzung: kein Gleichsetzen von links und rechts.*

**FDP:** s.o. (Frage 4)

### **6. Wie können lokale zivilgesellschaftliche Gruppen der Demokratieförderung durch die Stadt künftig stärker finanziell unterstützt werden?**

#### **SPD**

*Wir fordern: vereinfachte Förderbedingungen für zivilgesellschaftliche Gruppen,*

#### **CDU**

*Zivilgesellschaftliches Engagement ist tragende Säule einer lebendigen Demokratie. Dabei sind die begrenzten finanziellen Ressourcen einer Stadt gezielt, verantwortungsvoll und zielgerichtet einzusetzen. Deshalb befürworten wir Finanzierungsmodelle zu erhalten und weiterzuentwickeln (bspw. Mikroförderungen, Drittmiteleinwerbung oder Matching-Funds-Modelle), besonders wirkungsvolle Projekte zu priorisieren – Planungssicherheit schaffen – und damit ausfinanzierte Schwerpunkte zu setzen. Auch sind die Beantragungs-/ Nachweisverfahren maximal zu vereinfachen. Dies würde gerade den kleineren, ehrenamtlich getragenen Institutionen und Gruppen helfen, rechtssicher aber schnell und unkompliziert zu arbeiten.*

**B90/Grüne:** s.o. (Frage 4)

#### **Die Linke**

- *Einrichtung eines städtischen Demokratiefonds mit Mikro- und Schnellförderung (auch für kleine Vereine ohne große Verwaltungskapazität).*
- *Mehrjährige Zuwendungen und Tarifbindung; Entbürokratisierung Pauschalen, vereinfachte Nachweise, digitale Verfahren).*
- *Verlässliche Kofinanzierung kommunal, um schwankende Landes-/Bundesmittel zu stabilisieren.*

**FDP:** s.o. (Frage 4)

### **7. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um den Schaden für zivilgesellschaftliche Projekte abzufedern, wenn öffentliche Fördermittel auf Bundesebene und /oder auf Landesebene ausfallen?**

#### **SPD**

*Wir fordern: ein kommunales Förderinstrument, das kurzfristig einspringt, wenn Landes- oder Bundesmittel ausbleiben.*

**CDU**

*Wenn übergeordnete Ebenen Mittel kürzen, stehen wir zunächst vor schwierigen Entscheidungen. Bekanntermaßen sind die finanziellen Herausforderungen (für Essen, so wie für alle anderen Ruhrgebietsstädte auch) enorm. Für die CDU gilt, sinnvolle Strukturen und Angebote bestens zu schützen und dafür auch kleinste finanzielle Spielräume zu nutzen. Dies kann sowohl eine Optimierung und Flexibilisierung der Finanzierungsmodelle als auch eine klare Priorisierung erfordern – sei es bei den Projekten und Projektangeboten selbst oder bei anderen freiwilligen Leistungen, die die Stadt für die Bürgerinnen und Bürger erbringt. Substanzlose Geldversprechen, Ignoranz der Lebensrealitäten und sachfremde Vergleiche führen nur zu Verunsicherung und Politikverdrossenheit. Die CDU steht für Klarheit und Verantwortung – dazu gehört auch, Prioritäten zu setzen und Verantwortung auch für unpopuläre Entscheidungen zu übernehmen. Dies ist nicht immer „angenehm“, aber Pflicht für seriöse Parteien und damit für das Vertrauen in die demokratischen Strukturen.*

**B90/Grüne:** s.o. (Frage 4)

**Die Linke**

- *Ein kommunaler Notfallfonds für Demokratieprojekte mit klaren Kriterien, schneller Auszahlung und Priorität für bedrohte Strukturen.*
- *Zusätzlich: Überbrückungsfinanzierungen, Zwischendarlehen städtischer Gesellschaften und Unterstützung bei Drittmittelakquise.*

**FDP:** s.o. (Frage 4)

## **8. Wie kann die Zivilgesellschaft bei der Entwicklung von Handlungskonzepten gegen Rechtsextremismus und Rassismus besser beteiligt werden?**

**SPD**

*Die Zivilgesellschaft wollen wir über einen institutionalisierten Beirat aktiv in die Weiterentwicklung des Handlungskonzepts einbinden.*

**CDU**

*Die CDU steht zu den Strukturen der repräsentativen Demokratie und damit zur Verantwortung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Die CDU hat auch ein hohes Vertrauen in die Fachkompetenz der Stadtverwaltung. Für uns ist es zudem wichtig, die praktischen Erfahrungen der Akteure vor Ort und damit die Erwartungen der Menschen, im Sinne einer bestmöglichen Lösung für die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Dazu bieten sich unterschiedliche Beteiligungsformate an, wie bspw. digitale oder persönliche Formate. Diese müssen eine einfache Handhabung, einen Zugang für alle engagierten Menschen und im Sinne der Zielsetzung einen sachgerechten, kritischen und respektvollen Austausch ermöglichen.*

**B90/Grüne:**

s.o. (Frage 4)

**Die Linke**

- *Co-Design von Anfang an: offene Werkstätten, Bürger:innenräte mit Losverfahren,*
- *feste Quoten für Betroffene (migrantisch, queer, jüdisch, Schwarze Community, Roma u. a.),*
- *mehrsprachige/barrierefreie Beteiligung,*
- *transparente Feedback-Schleifen: Was wurde übernommen – und warum?*

**FDP:** s.o. (Frage 4)

## IV. Jugend und Rechtsextremismus

### 9. Auf welche Art und Weise will Ihre Partei Jugendliche vor rechtsextremistische Anfeindungen insbesondere im Schulkontext schützen?

#### **SPD**

*Wir setzen auf präventive politische Bildung bereits ab der Grundschule, denn Demokratie kann man lernen. Im Schulkontext fordern wir Fortbildungen für Lehrkräfte zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Schutzkonzepte gegen rechte Propaganda und die Verbreitung von Fake News.*

#### **CDU**

*Für die CDU sind insbesondere die Schulen Orte des demokratischen Miteinanders und damit Orte der demokratischen Aufklärung und Bildung. Zugleich muss hier u.a. der Schutz vor Extremismus aktiv gelebt werden. Wir befürworten Maßnahmen wie das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, regelmäßige Qualifizierungen und damit eine Sensibilisierung und Stärkung der Lehrkräfte (auch im Umgang mit Hatespeech und Symbolik) sowie eine engmaschige Präventions-Strategie zusammen mit der Polizei. Unser Ziel ist: Jede Schule muss ein sicherer Ort für Vielfalt, demokratisches (freies) Denken und Diskutieren sein – strukturell verankert in Konzepten und Netzwerken – von „früh“ an.*

#### **B90/Grüne**

*Wir wollen mehr Sozialarbeit an Schulen, mehr Streetwork und neue Jugendtreffs in unterversorgten Stadtteilen wie Altendorf, Kray oder Karnap. Politische Bildung und Demokratieförderung müssen fester Bestandteil der offenen Jugendarbeit sein.*

*Projekte wie „Respekt Coaches“ oder „Schule ohne Rassismus“ wollen wir weiter stärken. Auch das Erkennen rechtsradikaler Tendenzen muss geschult und mit entsprechenden Qualifizierungen zum Handeln befähigt werden. Dazu braucht es neben Schulungen auch offene Projekte und Angebote, um Jugendliche zu erreichen. Die aufsuchende Sozialarbeit muss in diesem Rahmen ebenfalls gestärkt werden.*

#### **Die Linke**

- *Flächendeckende Demokratiewerkshops und Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in jeder Einrichtung.*
- *Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit stärken;*
- *Schutzkonzepte, Meldeketten, Vertrauenspersonen.*
- *Förderung von Streetwork, Offener Jugendarbeit und Peer-Projekten gemeinsam mit AWO, Falken, DGB-Jugend, queeren und migrantischen Initiativen.*

#### **FDP**

*Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen sieht es als zentrale Aufgabe an, junge Menschen vor rechts- sowie linksextremistischen und anderen antidemokratischen Anfeindungen zu schützen und ihnen gleichzeitig die Chance zu geben, sich zu selbstbewussten Demokratinnen und Demokraten zu entwickeln. Besonders im Schulkontext müssen Jugendliche einen geschützten Raum haben, in dem sie ohne Angst lernen und ihre Persönlichkeit entfalten können. Unser Ziel ist eine Stadt, in der junge Menschen erleben, dass Demokratie sie stark macht, ihnen Chancen eröffnet und sie schützt – und in der extremistisches Denken keinen Platz hat.*

### 10. Hat Ihre Partei Strategien zum Umgang mit rechtsextremen und radikalreligiös/antidemokratischen Einstellungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Stadt?

#### **SPD**

*Für Jugendliche mit rechtsextremen oder radikalreligiösen Haltungen braucht es mobile Beratungsteams und individuelle Ausstiegsbegleitung.*

#### **CDU**

*Wir setzen auf differenzierte Prävention – über politische Bildung, Wertevermittlung und gezielte Unterstützung. Jugendliche, die bereits in extremistischen Milieus unterwegs sind, müssen mit pädagogischen Angeboten erreicht und zur Umorientierung ermutigt werden. Die CDU Essen unterstützt daher die Zusammenarbeit mit Eltern bzw. Familien und den Netzwerkpartnern, wie den Beratungsstellen, dem Jugendamt, der Jugendhilfe und den Religionsgemeinschaften. Aber auch*

*Vereine können wichtige Partner bei der Aufklärung und beim Umdenken sein. Unsere Linie ist klar: Demokratische Grundwerte sind nicht verhandelbar – wir begegnen Radikalisierung mit Prävention im sozialen Umfeld, Kontakt zu den Jugendlichen, den Eltern, Vereinen und Behörden und fördern perspektivbildende Angebote.*

**B90/Grüne:** s.o. (Frage 9)

#### **Die Linke**

*Wir setzen nicht auf den moralischen Zeigefinger oder Repression, sondern auf politische Bildung, Empowerment, kritische Medienkompetenz und echte Mitbestimmung, (Jugendparlamente, Beteiligungshaushalte). Ergänzend: Ausstiegshilfen, Elternarbeit und mobile Beratung.*

**FDP:** s.o. (Frage 9)

### **11. Wie will Ihre Partei die außerschulische demokratische Jugendbildung und zeitgemäße offene Jugendarbeit unterstützen?**

#### **SPD**

*Die außerschulische offene und aufsuchende Jugendarbeit muss personell wie strukturell gestärkt und verstetigt finanziert werden – insbesondere in Stadtteilen mit sozialer Benachteiligung.*

#### **CDU**

*Die CDU Essen misst der außerschulischen Jugendarbeit und demokratischen Bildung große Bedeutung bei. Sie bietet jungen Menschen wichtige Räume für die persönliche Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und politische Orientierung – gerade jenseits von Schule und Elternhaus. Wir setzen uns für verlässliche Strukturen, ausreichende Ausstattung und eine nachhaltige Förderung ein, damit Jugendarbeit auf die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Jugendlichen eingehen kann. Projekte, die demokratische Kompetenzen stärken und Vielfalt im Alltag erfahrbar machen, sollen sichtbar unterstützt und weiter ausgebaut werden. Hierzu zählen u. a. auch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ oder die Angebote der Jugendarbeit. Aber auch die demokratischen Parteien müssen für ihre Jugendangebote werben und so frühzeitig zur Entwicklung eines Demokratieverständnisses beitragen.*

**B90/Grüne:** s.o. (Frage 9)

#### **Die Linke**

- *Tarifgesicherte Regelfinanzierung statt Projektkürzerei;*
- *mehr Jugendzentren und mobile Angebote in unterversorgten Quartieren;*
- *Medien- und Demokratiebildung (inkl. Hate-Speech-Prävention);*
- *sichere Räume für queere Jugendliche; Stadtteilbudgets, die Jugendliche selbst vergeben.*

**FDP:** s.o. (Frage 9)

## **V. Rechtsradikalismus in der Stadt**

### **12. Was wollen Sie mit ihrer Partei konkret tun, um rechtsradikale Strukturen, Treffpunkte und Gruppen in Stadtteilen wie zurzeit in Essen-Kray bzw. in Essen-Steele oder auch anderen Stadtteilen zu verhindern bzw. aufzulösen?**

#### **SPD**

*Wir fordern ein stadtweites Lagebild rechter Strukturen, regelmäßige Berichte und ein koordiniertes Vorgehen durch Stadt, Polizei und Zivilgesellschaft – Zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung des kriminalpräventiven Rates. Treffpunkte rechter Gruppen – wie etwa Immobilien – wollen wir durch konsequente Anwendung des Bau- und Ordnungsrechts unterbinden.*

#### **CDU**

*Die CDU Essen hat die Entwicklung rechtsradikaler Szenestrukturen in Stadtteilen wie Steele, Kray oder Borbeck im Blick. Wenn sich solche Gruppen o. ä. in den Stadtteilen formieren, öffentliche*

Präsenz zeigen usw., muss die Stadtgesellschaft klare Grenzen setzen - mit allen rechtsstaatlichen Mitteln, gezielten Stadtteilaktionen und Projekten und in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, den Vereinen, der Stadt Essen und den Sicherheitsbehörden.

#### **B90/Grüne**

*Wir arbeiten daran, bekannte Treffpunkte und Strukturen rechter Gruppen in Essen – etwa in Steele und Kray – durch konsequente ordnungsrechtliche Maßnahmen zu unterbinden. Das geschieht zum einen durch das Sichtbarmachen der Probleme, z. B. durch Unterstützung bürgerlichen Protests, und zum anderen durch unsere politische Arbeit im Rat. Beispielsweise behalten wir bestimmte Grundstücke im Blick und fördern alternative Nutzungen, etwa als Kultur- oder Nachbarschaftszentren.*

#### **Die Linke**

- *Keine Raumvergabe durch Stadt oder städtische Unternehmen an rechte Gruppen; konsequente Anwendung von Miet-, Gewerbe-, Bau- und Versammlungsrecht (Auflagen, Untersagung bei Rechtsverstößen).*
- *Begegnungsorte und Kulturangebote im Viertel ausbauen; demokratische Gegenöffentlichkeit stärken.*
- *Förderung antifaschistischer Initiativen (z. B. „Steele bleibt bunt“, „Essen stellt sich quer“) und Schutz vor Einschüchterung.*
- *Dokumentation & Monitoring rechtsextremer Aktivitäten, enge Zusammenarbeit mit Beratungsstellen.*

#### **FDP**

*Rechts- aber auch linksradikale Strukturen und Treffpunkte bedrohen das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt und untergraben die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen steht klar dafür, solchen Strukturen entschieden entgegenzutreten – in Essen-Kray, Steele oder jedem anderen Stadtteil. Unser Ziel ist eine Stadtgesellschaft, die klare Kante gegen Links und Rechts zeigt, Betroffene schützt und konsequent verhindert, dass extremistische Strukturen in Essen Fuß fassen*

### **13. Welche Mittel und Möglichkeiten der Prävention und Vorbeugung gegen den zunehmenden Rechtsextremismus wollen sie anstoßen bzw. zur Verfügung stellen?**

**SPD:** s.o. (Frage 12)

#### **CDU**

*Prävention beginnt früh, wirkt langfristig und braucht breite Ansätze. Auf der einen Seite muss konsequent gegen rechtsextreme Netzwerke und Hetze vorgegangen werden, auf der anderen Seite braucht es gesellschaftliche Resilienz – durch politische Bildung, Beteiligung und Wertevermittlung. Wir setzen auf Programme wie „NRWeltoffen“ oder „Demokratie leben!“, werden weiterhin Bildungseinrichtungen in ihrer Arbeit gegen Hass stärken und neue Formen der Jugendbildung, auch im digitalen Raum, fördern. Gerade bei jungen Menschen setzen wir uns weiterhin frühzeitig gegen mögliche Radikalisierungsbestrebungen ein – in Schulen, Jugendzentren, Vereinen oder im Netz. Auch Streetworker können lagebezogen der Schlüssel zum Erfolg sei. Demokratie muss nicht nur geschützt, sondern auch erlebbar gemacht werden.*

**B90/Grüne:** s.o. (Frage 12)

#### **Die Linke**

- *Rechtsberatung für Vereine, wenn die Gemeinnützigkeit angegriffen wird;*
- *Ansprechstelle in der Verwaltung.*
- *Öffentliche Solidarität (Patenschaften/Schirmherrschaften),*
- *Vernetzung und gemeinsame Kampagnen.*
- *Schutz durch Öffentlichkeit:*
- *klare Kommunikation der Stadt, wenn Demokratiemacher:innen attackiert werden.*

**FDP:** s.o. (Frage 12)

**14. Wie will ihre Partei gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen, die von Seiten rechter Gruppen/Parteien bedroht, bedrängt oder über das Gemeinnützigkeitsrecht diffamiert werden, unterstützen?**

**SPD**

*Zivilgesellschaftliche Träger, die angegriffen oder durch Rechte diffamiert werden, benötigen juristischen Beistand und politische Rückendeckung – beides wollen wir stärken.*

**CDU**

*Die CDU Essen verurteilt Anfeindungen aufgrund eines zivilgesellschaftlichen Engagements aufs Schärfste. Aus unserer Sicht geht die derzeit größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland vom Rechtsextremismus aus. Wir lehnen ihn – aber auch jede andere Form des Extremismus – entschieden ab und bekämpfen Extremismus politisch. Politische Zwecke (Beeinflussung der politischen Meinungs- und Willensbildung, Gestaltung der öffentlichen Meinung oder Förderung politischer Parteien) zählen laut BFH-Rechtsprechung nicht zu den gemeinnützigen Zwecken i. S. d. § 52 Abgabenordnung. Parteipolitische Betätigung ist immer unvereinbar mit der Gemeinnützigkeit. Es ist einer Körperschaft gleichwohl gestattet, auf die politische Meinungs- und Willensbildung und die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss zu nehmen, wenn dies der Verfolgung ihrer steuerbegünstigten Zwecke dient und parteipolitisch neutral bleibt. Darauf hinzuweisen, halten wir nicht für diffamierend, sondern für sinnvoll.*

**B90/Grüne**

*Von rechten Gruppen bedrohte Vereine und gemeinnützige Organisationen wollen wir finanziell, rechtlich und öffentlich unterstützen.*

**Die Linke**

- *Städtische Ombudsstelle für Bedrohungslagen,*
- *Rechts- und Steuerberatung (inkl. Musterargumentationen zur Abwehr von Missbrauch des Gemeinnützigkeitsrechts)*

**FDP:** s.o. (Frage 12)

## **VI. Migration/Flüchtlinge**

**15. Wie will ihre Partei eine ordentliche und menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in der Kommune sicherstellen?**

**SPD**

*Für uns gilt: Menschen in Not verdienen menschenwürdige Unterbringung. Sammelunterkünfte dürfen keine Dauerlösung sein – wir setzen auf dezentralen Wohnraum, gute Betreuung und Zugang zu Bildung und Arbeit.*

**CDU**

*Die CDU Essen bekennt sich zur humanitären Verantwortung, Menschen in Not sicher und würdevoll unterzubringen. Festzustellen bleibt, dass die Stadt Essen ihre Verpflichtung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz sogar übererfüllt – mit einer Quote von 101,73 % (Stand: Juni 2025). Aber auch in der Qualität der Unterbringung werden zurecht alle Ansprüche erfüllt und für eine schnelle Unterbringung in eigenen Wohnung Sorge getragen. Denn auch dies ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Damit sehen wir uns in unserer Politik bestätigt und setzen diesen „Kurs“ fort.*

**B90/Grüne**

*Wir setzen uns für eine dezentrale, menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Wohnquartieren ein.*

**Die Linke**

- *Keine Lagerlogik und keine dauerhafte Unterbringung in Containern.*
- *Wohnungen in allen Stadtteilen anbieten, statt Konzentration in wenigen Stadtteilen.*
- *Gute soziale Betreuung, Gesundheitsversorgung und Anbindung an den Stadtteil.*

**FDP**

*Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen bekennt sich klar zu einer menschenwürdigen Flüchtlings- und Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung miteinander verbindet. Wir wollen Geflüchteten*

Schutz und Chancen bieten – und zugleich Integration und Teilhabe so gestalten, dass sie auch im Sinne der Stadtgesellschaft gelingt. Ebenso muss aber eine illegale wie irreguläre Migration konsequent mit allen staatlichen Mitteln verhindert und bekämpft werden. Die mit illegaler und irregulärer Migration verbundenen Herausforderungen benötigen einen erheblichen Ressourceneinsatz, zum Beispiel bei der kommunalen Ausländerbehörde und der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) des Landes in Essen. Aus diesem Grund möchten wir uns dafür einsetzen, dass Strukturen geschaffen werden, welche die zuständigen Behörden in die Lage versetzen, schnelle Entscheidungen zu treffen, um so anerkannten Migranten Bleibeperspektiven aufzuzeigen oder Ausreisepflichtige zur freiwilligen Ausreise zu bewegen bzw. ansonsten unverzüglich abzuschieben. Um dies gewährleisten zu können, bedarf es einer personellen und sachgerechten, modernen Ausstattung der Fachbereiche. Wir fordern Bund und Land auf, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die originären Aufgaben erfüllt werden können, insbesondere durch Entlastung der Haushalte und der Unterstützung für die Umsetzung der dringend erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen und irregulären Migration. Wir stehen dafür ein, dass alle rechtswidrigen Aktivitäten konsequent verfolgt werden und eine Ausweisung nach sich ziehen müssen.“

**16. Auf welche Art und Weise will ihre Partei für eine rasche Integration von Geflüchteten und MigrantInnen in die Stadtgesellschaft und in den Arbeitsmarkt sorgen?**

**SPD**

*Für uns gilt: Menschen in Not verdienen menschenwürdige Unterbringung. Sammelunterkünfte dürfen keine Dauerlösung sein – wir setzen auf dezentralen Wohnraum, gute Betreuung und Zugang zu Bildung und Arbeit. Wir konzentrieren uns deshalb auf die Verbesserung der Strukturen bei der Ausländerbehörde sowie dem Jobcenter und alle anderen Beteiligten städtischen Einrichtungen um Geflüchteten schnell den Zugang zu Deutschkursen und dem Arbeitsmarkt sowie Bildungseinrichtungen zu gewähren. Das gleiche gilt übrigens auch für die nach wie vor ungelöste Problematik bei den sog. Langzeitgeduldeten. Wir müssen diese unbefriedigende und der vollen Integration wenig zuträglich Situation bei Vorlage entsprechender Kriterien für einen gesicherten Aufenthaltsstatus endlich beenden. Insbesondere für die hier bei uns geborenen Betroffenen.*

**CDU**

*Integration gelingt dort, wo Menschen eine echte Perspektive bekommen – durch Sprache, Arbeit und Begegnung. Die CDU Essen setzt sich weiterhin dafür ein, dass Geflüchtete einen guten Zugang zu Sprachkursen, Qualifikationsangeboten und Orientierungshilfen erhalten. Wir unterstützen Kooperationen mit Betrieben, Kammern und Trägern, die den Weg in den Arbeitsmarkt ebnen. Ebenso wichtig ist uns die gesellschaftliche Teilhabe – etwa durch Sportvereine, Ehrenamt oder Nachbarschaftsinitiativen. Integration ist kein abstraktes Ziel, sondern gelebter Alltag.*

**B90/Grüne**

*Integration gelingt nur mit guter Sozialarbeit, Sprachkursen und schnellen Zugängen zu Bildung und Arbeit – direkt in den Stadtteilen.*

**Die Linke**

- Sprach- und Bildungsangebote für alle – unabhängig vom Aufenthaltsstatus;
- öffentlich geförderte Beschäftigung;
- Entbürokratisierung bei der Anerkennung von Abschlüssen;
- wo rechtlich möglich B1 als Einstieg mit begleitender Fachsprach-Qualifizierung;
- Stärkung migrantischer Selbstorganisationen.

**FDP:** s.o. (Frage 15)

**17. In der Stadt Essen wird die Einführung einer sog. Bezahlkarte für Flüchtlinge diskutiert. Aus welchen Gründen sind sie für bzw. gegen die Einführung einer solchen Maßnahme? In welchem Verhältnis stehen für Sie Verwaltungsaufwand und das Erreichen der sog. Maßnahmenziele (z.B. keine Überweisungen in die Herkunftsländer)?**

**SPD**

*Wir bezweifeln die postulierten Steuerungseffekte einer Bezahlkarte. Allerdings wird die*

*Einführung nicht diskutiert - die schwarz-grüne Landesregierung hat die Bezahlkarte mit ihrer Landtagsmehrheit landesweit bereits eingeführt. Für Ziehen der Opt-Out-Regelung ist derzeit keine Ratsmehrheit zu erkennen.*

#### **CDU**

*Die CDU Essen steht klar für die Einführung der Bezahlkarte. Öffentliche Hilfen sind so zu gestalten, dass sie fair, zielgerichtet und nachvollziehbar eingesetzt werden. Letztendlich sind dies Gelder, welche die Steuerzahler aufzubringen haben. Denn auch dieses Grundvertrauen gilt es zu schützen. Die Bezahlkarte ist ein geeignetes und sinnvolles Mittel, um die Verwendung von Leistungen klarer zu strukturieren und Missbrauch zu verhindern – zum Schutz des sozialen Friedens und zur Wahrung des Vertrauens in staatliche Unterstützung. Neben den zuvor ausgeführten Gründen gilt für uns: Die neue Maßnahme muss praktikabel, effizient im Sinne der Zielerreichung und rechtlich abgesichert sein. Die Politik trägt Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere was die korrekte Verwendung von Steuergeldern betrifft. Hier geht es in erster Linie nicht um eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, denn zum Missbrauch einladende Verfahren beschädigen zunehmend das Vertrauen in unseren Staat und die Demokratie. Andererseits bedeutet dies nicht, öffentliche Gelder für unnötig komplizierte Verwaltungsdienste auszugeben. Hier ist die Stadt Essen gefragt, schlanke und effiziente Verfahren aufzubauen, welche auch letztendlich den Inhaberinnen und Inhabern der Bezahlkarten eine schnelle und einfache Inanspruchnahme der Verwaltungsdienstleistungen ermöglicht. In diesem Sinne werden wir auch die Einführung politisch begleiten.*

#### **B90/Grüne**

*Die Einführung einer Bezahlkarte lehnen wir ab, da sie stigmatisiert, Bürokratie erhöht und keine Probleme löst. Stattdessen wollen wir die Integrationsarbeit in den Stadtteilen stärken, z. B. durch Patenschaftsprojekte und Sprachcafés. Hierzu fördern wir die Vernetzung von Gesellschaft, Politik und Verwaltung, etwa durch städtische Lenkungsgruppen.*

#### **Die Linke**

*Unsere Antwort: Wir lehnen die Bezahlkarte ab. Sie ist entmündigend, diskriminierend und kriminalisiert Menschen pauschal. Der Verwaltungsaufwand ist hoch, der Nutzen rein symbolpolitisch. Integration gelingt über Teilhabe und Rechte, nicht über Repression. Der Bürokratie- und Kontrollaufwand steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu den behaupteten Zielen. Pauschale Überweisungsverbote sind grundrechts- und verfassungsrechtlich zweifelhaft und sozialpolitisch kontraproduktiv. Stattdessen setzen wir auf Existenzsicherung in Geld, unbürokratische Hilfe und zielgenaue Sozialberatung.*

#### **FDP**

*Grundsätzlich sehen wir in einer Bezahlkarte Vorteile und befürworten diese. Verwaltungsaufwand und Zielerreichung: (die) Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein. Unser Ziel ist eine pragmatische, humane und integrationsorientierte Flüchtlingspolitik: Wer in Essen Schutz sucht, soll eine faire Chance auf Teilhabe bekommen.*

## **VII. Soziales und mehr...**

### **18. Was plant ihre Partei, um eine friedliche, verantwortungsvolle und soziale Nachbarschaft und ein gutes Zusammenleben in der Stadt zu fördern?**

#### **SPD**

*Gutes Zusammenleben gelingt durch Investitionen in Infrastruktur und soziale Teilhabe.*

*Wir fordern:*

- *Sanierung von Schulen, Kitas und Straßen,*
- *den Ausbau bezahlbaren Wohnraums,*
- *den Schutz vorhandener Wohnungen, zum Beispiel durch eine Zweckentfremdungssatzung und die Einschränkung von Plattformen wie Airbnb.*
- *eine Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie für gute Jobs im Handwerk, der Pflege*
- *und dem öffentlichen Dienst,*
- *die vollständige Entschuldung hochverschuldeter Städte wie Essen.*

*So nehmen wir sozialen Druck aus den Stadtteilen – und entziehen der AfD den Nährboden.*

**CDU**

*Die CDU Essen steht für ein respektvolles und solidarisches Zusammenleben in allen Stadtteilen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Lebenssituation. Wir sind überzeugt: Ein gutes Miteinander entsteht nicht von allein, sondern braucht Strukturen, Begegnung und gegenseitige Verantwortung. Öffentliche Räume müssen gepflegt, sicher und einladend sein – Spielplätze, Plätze, Parks. Ebenso wichtig ist die Unterstützung für Vereine, Stadtteilinitiativen und Ehrenamt, die Begegnung ermöglichen und „Brücken“ bauen sowie die Angebote für Kinder und Jugendliche – unsere Zukunft.*

**B90/Grüne**

*Wir GRÜNE wollen ein solidarisches Miteinander fördern:*

- *mehr bezahlbare Wohnungen durch Stärkung kommunaler und gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften,*
- *die Sanierung von Schulen und Straßen – mit Fokus auf benachteiligte Stadtteile wie den Essener Norden,*
- *den Ausbau von Kita-Plätzen und Ganztagsbetreuung,*
- *die Förderung nachhaltiger Arbeitsplätze, z. B. auf dem ehemaligen Krupp-Gelände,*
- *die Entschuldung der Ruhrgebietskommunen als Voraussetzung für eine handlungsfähige Stadt.*
- *Jeder unserer Stadtteile ist unterschiedlich. Deshalb fördern wir das ehrenamtliche Engagement sowie die bereits vorhandenen Strukturen vor Ort – etwa durch Einbindung in politische Willensbildungsprozesse. Eine vielfältige Gesellschaft lebt vom Miteinander und der Beteiligung aller.*

**Die Linke**

- *Ausbau von Stadtteilzentren, Begegnungsstätten und Nachbarschaftscafés*
- *Stadtteil-Budgets für soziale und kulturelle Projekte*
- *Mehr Unterstützung für Ehrenamt, Sportvereine und kulturelle Initiativen*
- *Wohnortnahe Sozialberatung, aufsuchende Sozialarbeit & Stadtteilmoderation als Regelaufgabe*

**FDP**

*Für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen ist klar: Ein friedliches, verantwortungsvolles und soziales Zusammenleben gelingt nur, wenn die Rahmenbedingungen in unserer Stadt stimmen.*

*Konkret wollen wir:*

- *Bessere Infrastruktur: Straßen, Schulen und öffentliche Gebäude müssen saniert werden. Wir fordern dafür eine Entschuldung der Ruhrgebietskommunen durch Bund und Land, damit Essen wieder handlungsfähig wird.*
- *Arbeitsplätze schaffen: Mit einer aktiven Wirtschaftspolitik wollen wir neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze nach Essen holen. Das gelingt durch Senkung der Gewerbesteuern um mindestens fünf Prozent, Bürokratieabbau, die Förderung von Start-ups, Ansiedlung innovativer Unternehmen und die enge Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg-Essen.*
- *Bezahlbaren Wohnraum sichern: Wir setzen auf Neubau, Nachverdichtung und eine bessere Nutzung von Flächen. Dabei wollen wir Investitionen erleichtern, statt durch Bürokratie auszubremsen. Nur mit mehr Angebot lassen sich steigende Mieten langfristig in den Griff bekommen.*
- *Nachhaltige Stadtfinanzen: Dauerhafte Lösungen für die Probleme im Essener Norden und anderen Stadtteilen sind nur möglich, wenn die Stadt finanziell wieder Luft bekommt. Wir fordern daher eine klare Perspektive zur Entschuldung der Kommunen, damit Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Stadtentwicklung wieder machbar sind.*

- 19. Um Parteien wie der AFD nachhaltig den Nährboden zu entziehen, müssen die echten und drängenden Probleme der Essener Bürger und Bürgerinnen gelöst werden. Dazu zählen u.a. kaputte Infrastruktur wie Straßen und Schulen, fehlende geeignete Arbeitsplätze, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, mangelhafte Kinderbetreuung sowie die seit vielen Jahren geforderte Entschuldung der Stadt/der Ruhrgebietskommunen. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie mit ihrer Partei in der Stadt/in den besonders Stadtteilen, insbesondere im Essener Norden, um die drängenden Probleme anzugehen und ggf. zu lösen?**

**SPD:**

*s.o. (Frage 18)*

**CDU**

*Seit jeher arbeiten wir daran, das Lebensumfeld für die Menschen unserer Stadt zu verbessern. In Gänze und mit Blick auf prioritär anzugehende Herausforderungen. Die Vielzahl an Verbesserungsnotwendigkeiten ist in Summe enorm und im Wesentlichen durch äußere, auch strukturelle, bundes- und europapolitische, Einflüsse verursacht und beeinflusst. Hinzu kommen die begrenzten finanziellen Ressourcen der Stadt Essen, welche sich leider von denen der anderen Ruhrgebietskommunen nicht unterscheiden. Wir stehen für Verlässlichkeit und verantwortungsvolles Handeln – für unsere Stadt – für die Menschen in unserer Stadt. Darum stehen wir weiterhin für die kontinuierliche und konsequente Einrichtung der benötigten Kita- und Schulplätze, sowie die Angebotserweiterung in der Schulsozialarbeit und Sprachförderung für Kinder mit Unterstützungsbedarf. Wir setzen auf die Sanierung von Schulen, Schultoiletten und Turnhallen, Straßen und öffentlichen Einrichtungen – und auf Investitionen in strukturschwache Stadtteile, etwa durch passgenaue integrierte Entwicklungskonzepte. Auch ein gutes Wohnangebot für alle Einkommensklassen haben wir im Blick. Konkret mit zielführenden und nachhaltigen Ansätzen; insbesondere durch die Intensivierung bei der Sanierung und Erweiterung von Wohngebäuden aber auch die Realisierung von Neubauprojekten. Politische Verantwortung heißt dabei auch, zeitnah Strukturen aufzubauen, um Eigentümer bzw. Investoren schnell und einfach zu beraten und von den Investitionen zu überzeugen. Nichts dem Zufall überlassen – proaktiv handeln – die Stadt Essen muss sich noch interessanter für die Eigentümer bzw. Investoren machen. Also sind neben Bauflächen auch schnelle und einfach abzuwickelnde Prüf- und Genehmigungsverfahren umzusetzen. So schaffen wir durchmischte Quartiere mit hoher Lebensqualität und dauerhaft bezahlbaren Mieten. Zudem braucht es eine noch bessere Verzahnung der Schulen und der Bundesagentur für Arbeit bzw. des Job Centers Essen mit der Wirtschaftsförderung, Kammern, den Innungen und weiteren Bildungsträgern. Arbeitsmarktchancen müssen dort entstehen, wo sie am dringendsten gebraucht werden und Perspektiven für die Menschen schaffen. Im Interesse der Zielsetzung müssen die Akteure vor Ort schneller und enger zusammenkommen und dabei durch die Stadt Essen und die Kommunalpolitik unterstützt werden. Wir als CDU Essen haben uns intensiv für eine Altschuldenregelung für die Ruhrgebietskommunen eingesetzt, beispielsweise auch mit zwei Essener CDU-Vertretern, die sich in den entsprechenden Arbeitsgruppen zum Koalitionsvertrag dafür eingesetzt haben. Und wir konnten, gerade auch gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten Wüst, eine Aufnahme dieser Position in den Koalitionsvertrag im Bund erreichen. Die Themen, die Sie als die „echten und drängenden Probleme“ benennen, gehen wir also entschlossen an. Allerdings darf nicht ignoriert werden, dass – das ergeben die Erhebungen beispielsweise zur Bundestagswahl – gerade zwei Themen für besonders viele Menschen wahlentscheidend waren: die Themen „Wirtschaftliche Entwicklung“ und „Begrenzung der Migration“. Die demokratischen Parteien sind gut beraten, diese Probleme zu lösen.*

**B90/Grüne:**

*s.o. (Frage 18)*

**Die Linke**

- *Investitionen in Schulen, Kitas, Gesundheit & Verkehrsinfrastruktur*
- *Rekommunalisierung von Wohnraum und Mietendeckel*
- *Nulltarif im ÖPNV*
- *Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung*
- *gezielte Armutsbekämpfung \_Mindestsicherung, Sozialtarife, Stromsperren-Verbot)*

**FDP:** *s.o. (Frage 18)*

## **VIII. Politische Teilhabe und Weiterentwicklung der Demokratie vor Ort**

- 20. Was plant ihre Partei, um die Essener Bevölkerung über die Wahlen hinaus stärker als bisher an relevanten politischen Entscheidungen zu beteiligen? Stichworte: Bürger-/Zukunftsräte, Beteiligungsworkshops, Anhörungen, etc.)**

**SPD**

*Wir wollen neue Formen der Bürgerbeteiligung etablieren: Bürger\*innenräte mit Zufallsauswahl, Beteiligungsplattformen, Stadteildialoge sowie feste Budgets für Stadtteilinitiativen mit direkter Entscheidungsbeteiligung. Demokratie lebt vom Mitmachen – und das wollen wir aktiv ermöglichen. Dazu gehört für uns auch die stärkere Beteiligung*

*junger Menschen. Dazu wollen wir das Projekt MitWirkung dauerhaft absichern und flächendeckend an den Start bringen*

### **CDU**

*Die CDU Essen setzt sich für eine verantwortungsvolle und transparente Bürgerbeteiligung ein, die echten Einfluss auf politische Entscheidungen ermöglicht – ohne dabei die repräsentative Demokratie infrage zu stellen. Für uns ist klar: Beteiligung muss frühzeitig, niedrigschwellig und gut strukturiert erfolgen – gerade bei größeren Projekten der Stadtentwicklung, Schulplanung oder Verkehrsinfrastruktur. Wir befürworten Formate wie Anwohnerdialoge, Workshops und Bürgerforen, bei denen Bürgerinnen und Bürger ihre Perspektiven einbringen können. Dabei setzen wir auch auf digitale Beteiligungstools, die Informationen verständlich vermitteln und zur Meinungsbildung beitragen. Gleichzeitig bleiben für uns die politischen Gremien – wie Rat und Ausschüsse – zentraler Ort der demokratischen Verantwortung. Bürgerbeteiligung muss Gehör für die Interessen der Menschen vor Ort verschaffen, dadurch bereichern und Vertrauen in lösungsorientierte Entscheidungen schaffen – im Interesse aller.*

### **B90/Grüne**

*Wir wollen mehr Mitsprache für die Essener Bevölkerung: Bürger:innenräte in den Stadtteilen, Beteiligungsworkshops, digitale Plattformen und offene Bürgerforen sollen die demokratische Kultur in Essen stärken. Alle sollen mitgestalten können – nicht nur am Wahltag.*

*Als Ausgangspunkt können hier sogenannte Stadtteilläden dienen, die wir finanziell und konzeptionell unterstützen möchten – als Räume des Zusammenkommens und Austauschs.*

*Wir GRÜNE Essen stehen für eine vielfältige, demokratische und solidarische Stadt, in der Demokratie wieder spürbar wird. Deshalb ist Mitwirkung einer der wichtigsten Punkte für uns.*

*Wir können gar nicht oft genug betonen, wie wichtig ehrenamtliches Engagement ist, und danken Ihnen deshalb ganz besonders für Ihr unermüdliches Handeln.*

### **Die Linke**

- *Bürger:innenräte & Zukunftsforen in den Stadtteilen - in unserem Wahlprogramm nennen wir das "Assembly"*
- *Beteiligungshaushalte auf Bezirksebene*
- *Teilhabe-App für alle relevanten städtischen Projekte*
- *Öffentlichkeitswirksame Sprechstunden der Ratsmitglieder*
- *direkte Demokratie: Bürger:innen sollen über Großprojekte entscheiden dürfen – nicht nur der Stadtrat*

### **FDP**

*Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen ist überzeugt: Demokratie lebt vom Mitmachen. Deshalb wollen wir die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger über Wahlen hinaus stärken und transparenter machen, wie Entscheidungen in der Stadt getroffen werden.*

*Konkret laden wir regelmäßig zu unseren Veranstaltungen ein und informieren immer über die Arbeit sowohl in der Fraktion als auch der Partei. Unser Ziel ist eine offene, moderne und bürgernahe Demokratie in Essen, die zuhört, ernst nimmt und gemeinsam gestaltet*

### **Allgemeine Antwort der Tierschutzpartei zu allen Fragen:**

*Wir werden auf jeden Fall nicht mit AfD im Stadtrat zusammenarbeiten. Wir uns der freiheitlich demokratischen Grundordnung und werden entsprechende Anträge im Stadtrat unterstützen und im möglichen Fraktionsstatus auch stellen. In der Vergangenheit wurden dazu bereits x Wortbeiträge gegen die sog. Steeler Jungs und z. B. für Steele bleibt bunt geleistet. Ebenfalls haben sich Parteimitglieder bei Demonstrationen gegen Rechte beteiligt. Dies wollen und werden wir Zukunft auch weiterhin tun. Darüber hinaus sind wir Ansprechpartner:in, um auf Aktivitäten Ihrer Organisationen hinzuweisen. Sie leisten gute Arbeit und wir vertrauen auf Ihr Engagement. Selbstverständlich befürworten wir die politische Teilhabe, denn Demokratie ist bzw. sollte ein partizipativer Akt sein.*

*Als langjähriges Mitglied der Flüchtlingshilfe Haarzopf war ich dort aktiv und habe u.a. zwei ukrainische Flüchtlinge längere Zeit bei mir aufgenommen. Über zweieinhalb Jahre haben Studierende aus Ghana (3) und Syrien (1) jeweils zu zweit in wechselnder Besetzung bei mir gewohnt. Es gilt bei uns der Grundsatz: Diversität ist Normalität. Dies sind eher grundlegende Einstellungen und Überzeugungen, die unsere Handlungen leiten. Wir sind jedoch für Kooperationen gegen Rechts offen.*